

Landkreis Vorpommern-Rügen

Der Kreistagspräsident



Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 13. März 2023

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 20:45 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Michael Adomeit

Herr Uwe Ahlers

Frau Ute Bartel

Herr Alexander Benkert

Herr Ernst Branse

Frau Wenke Brüdgam

Herr Jörg Burwitz

Herr Uwe Dalski

Herr Christian Ehlers

Frau Rita Falkert

Herr Frank Fanter

Herr Stefan Giese

Herr Harry Glawe

Herr Christian Griwahn

Herr Aurel Hagen

Herr Benjamin Heinke

Herr Roland Herrmann

Herr Maik Hofmann

Frau Dr. Carmen Kannengießer

Frau Kristine Kasten

Herr Albrecht Kiefer

Frau Anett Kindler

Frau Cornelia Klemm

Herr Holger Kliewe

Frau Andrea Köster

Herr Frank Kracht

Herr Helmut Krüger

Frau Andrea Kühl

Herr Andreas Kuhn

Herr Jens Kühnel

Frau Josefine Anika Kümpers

Frau Christiane Latendorf

Herr Mathias Löttge

Herr Wolfgang Meyer

Herr Thomas Naulin

Herr Dirk Niehaus

Herr Michael Philippen

Herr Thoralf Pieper

Herr Helmut Poppe

Frau Julia Präkel

Herr Thomas Reichenbach

Herr Gerd Scharmberg

Frau Sylvia Schiefler

Frau Dr. Doris Schmutzer

Frau Sandra Schröder-Köhler

Herr Thomas Schulz

Herr Maximilian Schwarz

Herr Jürgen Suhr

Herr Norbert Thomas

Herr Peter van Slooten

Frau Heike Völschow

Frau Simone Wagner

Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

Frau Susann Wippermann

Herr Dr. Ronald Zabel

Frau Andrea Zachow

Herr Tilo Ziemßen

Frau Anita Zimmermann

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth	Landrat
Frau Kathrin Meyer	1. Stellv. des Landrates
Frau Ricarda Rumpel	2. Stellv. des Landrates
Frau Dörte Heinrich	amt. Beigeordnete
Herr Frank-Peter Lender	FBL 4
Herr Marcus Hanusch	amt. FGL 01.20
Frau Anja Pfefferkorn	SB Kreistagsangelegenheiten
Frau Manuela Redlich	SB Kreistagsangelegenheiten
Herr Bastian Köhler	SB Kreistagsangelegenheiten
Frau Silke Egger	Persönliche Referentin
Frau Sandra Lehmann	Pressesprecherin
Herr Ralph Langkammer	FDL 02
Herr Tilo Koch	FDL 03
Frau Heike Karnatz	FDL 12
Herr Georg Rüting	FDL 13
Herr Robin Kagels	FDL 15
Herr Frank Stallbaum	FDL 43
Herr Kay-Uwe Hermes	EBL ISVB

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Norbert Benedict	entschuldigt
Herr Frank Ilchmann	entschuldigt
Herr Philipp Laars	entschuldigt
Herr Hendrik Lastovka	entschuldigt
Herr Dirk Leistner	unentschuldigt
Herr Michael Meister	entschuldigt
Frau Christiane Müller	entschuldigt
Frau Maria Quintana Schmidt	entschuldigt
Herr Daniel Schossow	entschuldigt
Herr Dario Seifert	entschuldigt
Herr Dr. Wolfgang Weiß	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift vom 12. Dezember 2022
5. Information des Kreistagspräsidenten
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen des Amtsgerichtes Stralsund
9. Nach- und Umbesetzungen
- 9.1. Wahl eines Mitgliedes in das Präsidium

- 9.2. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Kreisausschuss aufgrund des Ausscheidens von Frau Kasten durch Frau Ute Bartel
- 9.3. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Kreisausschuss für Frau Ute Bartel durch Frau Susann Wippermann aufgrund des Ausscheidens von Frau Sylvia Schiefler
- 9.4. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss aufgrund des Ausscheidens von Herrn Mathias Löttge durch Frau Brunhild Steinmüller
- 9.5. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit durch Frau Simone Wagner aufgrund der Mandatsniederlegung von Frau Petra Voß
- 9.6. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss für Frau Silvia Palmstedt durch Herrn Richard Kinder
- 9.7. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Mobilitätsausschuss für Herrn Matthias Löttge durch Herrn Paul Peters
10. Wahl des/der Beigeordneten ohne Stellvertreterfunktion BV/3/0461
11. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten für den Landkreis Vorpommern-Rügen BV/3/0456
12. Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, BfS/FDP, CDU und WG Adomeit: "Kein LNG-Terminal vor der Insel Rügen" A/3/0206
13. Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung eines Straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße NVP 10 von Klausdorf bis Muuks BV/3/0442
14. Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung eines straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße RÜG 13 von Puddemin bis zur L 30 BV/3/0443
15. Aufbau eines kontinuierlichen Energiemanagements im Landkreis Vorpommern-Rügen BV/3/0452
16. Änderung Gesellschaftervertrag OVVD BV/3/0444
17. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Ostmecklenburgisch Vorpommerschen Abfallbehandlungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH (ABG) BV/3/0446
18. Feststellung Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) BV/3/0440
19. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2021 BV/3/0445
20. 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Doppelhaushalt 2022/2023 für das Haushaltsjahr 2023 BV/3/0439/1
21. Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Erledigung der Aufgaben des BV/3/0436

- Kassen- und Haushaltswesens des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern (RPV) durch den Landkreis V-R
22. Auflösung und Liquidation der Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH (BBR mbH) BV/3/0437
 23. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit in einem einheitlichen Telenotarzt-System BV/3/0384/1
 24. Ergänzungsvereinbarung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag zwischen der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH und dem Landkreis Vorpommern-Rügen zur Liquiditätssicherung BV/3/0450
 25. Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2022 BV/3/0448
 26. Annahme einer Spende der IHK zu Rostock für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2022 BV/3/0449
 27. Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern zur Förderung der Präventionsarbeit im Jahr 2023 BV/3/0435
 28. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 nach §§ 120 Abs. 1 i.V.m. 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V BV/3/0351
 29. Beschlussvorlage des Rechnungsprüfungsausschusses für die Entlastung des Landrates nach §§ 120 Abs. 1 i.V.m. 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V BV/3/0447
 30. Schulentwicklungsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemeinbildenden Schulen im Planungszeitraum 2022/2023 - 2026/2027 BV/3/0406
 31. Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche in Lietzow im Bereich der Steganlage im Großen Jasmunder Bodden BV/3/0434
 32. Antrag der Kreistagsfraktion SPD: "Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden" A/3/0193
 33. Antrag der Kreistagsfraktion SPD: "Errichtung von öffentlichen Ladesäulen" A/3/0194
 34. Antrag der Kreistagsfraktion B90/DIEGRÜNEN/FR: "Übergangslösung zur Durchführung hybrider Tagungsformate in Kommunalparlamenten und deren Ausschüssen einfordern" A/3/0205
 35. Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, BfS/FDP: "Unterstützung zur Errichtung der Tourismusakademie im Landkreis Vorpommern-Rügen" A/3/0207
 36. Antrag der Kreistagsfraktion CDU: "Erhalt des Regionalen Beruflichen Bildungszentrum in Velgast" A/3/0208
 37. Antrag der Kreistagsfraktion CDU: "Entlastung der Kommunen bei der Feststellung der Jahresabschlüsse -keine negativen Entscheidungen für die Haushalte der Kommunen ab 2023" A/3/0209
 38. Mitteilungen
- Nichtöffentlicher Teil -**
39. Vergabeangelegenheiten BV/3/0457

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kreistagspräsident Kuhn eröffnet die 21. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde, 53 von 69 Kreistagsmitgliedern anwesend sind und damit die Beschlussfähigkeit besteht.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Lemke, Einwohner aus Grimmen, erfragt, ob es seitens des Landkreises angedacht sei eine Hotline oder ähnliches zu errichten, an die sich Betroffene mit Impfschäden wenden können.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass dies ein Ernst zunehmendes Thema sei, dies jedoch von Seiten des Landkreises derzeit nicht angedacht werde. Es sei ihm auch nicht bekannt, dass andere Landkreise das anbieten.

Weiterhin erfragt **Herr Lemke** inwieweit der Kreistag Vorpommern-Rügen es zulasse, dass der Greifswalder Bodden durch LNG zerstört werde, wenn die Maßnahmen weiterhin stattfinden wie derzeit.

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert, dass mehrere Kreistagsfraktionen einen Antrag auf dieser Sitzung zu dem Thema eingebracht haben und sich der Kreistag somit heute damit beschäftigen werde. Er macht auch darauf aufmerksam, dass sich Einwohneranfragen laut der Geschäftsordnung nicht auf Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung beziehen dürfen.

Außerdem erfragt **Herr Lemke**, wie der Kreistag Vorpommern-Rügen derzeit zu Krieg und Frieden stehe. Er finde es schade, dass die Politik nicht auf die Menschen zugehe, sondern sie weiter deformiere.

Herr Kreistagspräsident Kuhn führt aus, dass der Kreistag ein gewähltes Gremium sei, wo unter anderem politische Willensbildung stattfindet. Die Mitglieder des Kreistages üben ihre Funktion im Ehrenamt aus und seien von den Bürger/innen aus Vorpommern-Rügen mit diesem Auftrag versehen worden. Wenn pauschal die Politik verurteilt werde, bitte er dies zu differenzieren. Der Kreistag Vorpommern-Rügen habe klar Stellung bezogen zu den aktuellen politischen Themen und werde auch weiterhin Aktuelles auf den Sitzungen beraten. Ihm sei nicht bekannt, dass Mitglieder des Kreistages Bürger/innen verurteilen oder falsch darstellen.

Weitere Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert, dass der Landrat Herr Dr. Kerth die Beschlussvorlage BV/3/0406 - TOP 30 zur Schulentwicklungsplanung zurückziehe, da nochmal eine Verständigung mit dem Bildungsministerium nötig sei.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt einstimmig zu.

Herr Heinke beantragt im Namen der CDU Kreistagsfraktion den TOP 34 auf den TOP 12 zu verschieben. Aufgrund der Aktualität und der umfangreichen Tagesordnung solle dieses Thema zeitnahe beraten werden.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt einstimmig bei zwei Enthaltungen zu.

Weitere Änderungen werden nicht vorgetragen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen bestätigt einstimmig bei einer Enthaltung die geänderte Tagesordnung.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 12. Dezember 2022

Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen bestätigt mehrheitlich die Niederschrift vom 12. Dezember 2023.

5. Information des Kreistagspräsidenten

Herr Kreistagspräsident Kuhn gibt die Beschlüsse aus Nichtöffentlicher Sitzung vom 12. Oktober 2022 bekannt:

1. Ankauf eines Flurstücks in Bergen auf Rügen

Beschluss: KT 450-19/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird ermächtigt, das in der Rugardstraße 11 in 18528 Bergen auf Rügen belegene und mit Teilen der Feuerwehrtechnischen Zentrale bebaute Flurstück 20/3 der Flur 6, Gemarkung Bergen, in Größe von 651 m² von der leben miteinander gGmbH unter gleichzeitiger Aufhebung des für das Flurstück bestellten Erbbaurechts zu erwerben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

2. Breitbandausbau: Beschluss zur Ermächtigung des Landrates für die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages mit der SWS-Telnet GmbH für das Projektgebiet VR30_14 Stralsund Gewerbe.

Beschluss: KT 451-19/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag ermächtigt den Landrat zur Unterzeichnung eines Kooperations-

und Zuwendungsvertrages mit der SWS-Telnet GmbH für das Projektgebiet VR 30_14 der Hansestadt Stralsund Gewerbe. Die 100-prozentige Maßnahmenförderung von Bund und Land gilt als Voraussetzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

3. **Breitbandausbau: Ermächtigung des Landrates zur Unterzeichnung des**
4. **Nachtrages der Konzessionsverträge mit der Deutschen Telekom**
Technik GmbH für 9 Projektgebiete
-

Beschluss: KT 452-19/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag ermächtigt den Landrat den jeweils 4. Nachtrag mit der Telekom Deutschland GmbH zu unterzeichnen. Dies betrifft die Konzessionsverträge der Projektgebiete: VR 22_15, VR 22_16, VR 22_17, VR 22_19, VR 22_20, VR 22_21, VR22_22, VR 22_23 und VR 25_03. Die 100-prozentige Maßnahmenförderung von Bund und Land gilt als Voraussetzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth informiert zunächst über die aktuelle Flüchtlingssituation. Momentan kommen pro Woche um die 30 Flüchtlinge in unserem Landkreis an. Besondere Herausforderungen seien dabei Wohnungen, Unterkünfte, Sprachkurse, die Kinderbetreuung und Schulen sowie die medizinische Betreuung. Derzeit seien insgesamt 14.690 Ausländer in unserem Landkreis Vorpommern-Rügen gemeldet, davon 5.260 EU-Angehörige, 5.312 Ausländer mit einer Aufenthalts- bzw. Niederlassungserlaubnis, 672 Personen mit einer Gestattung und 638 Personen mit einer Duldung. 700 Personen seien ausreisepflichtig. Im Jahr 2022 wurden dem Landkreis insgesamt 4.052 Menschen zugewiesen. In diesem Jahr waren es bis zum 28. Februar 561 Menschen. Hochgerechnet liege die Zahl für 2023 bei 3.366 Personen. Der Landkreis halte in den neun Gemeinschaftsunterkünften (Barth, Tribsees, RDG Körkwitz, 3 Objekte in Stralsund, Bergen, Parow, Sassnitz) 1.513 Plätze vor. Diese seien zurzeit zu 82 % belegt. Für 2023/24 seien weitere Gemeinschaftsunterkünfte in Vorbereitung und Planung. Außerdem werden weiterhin Wohnungen angemietet.

Aus der Ukraine seien 3.802 Flüchtlinge registriert. Von denen noch derzeit 2.862 in Vorpommern-Rügen leben. Die meisten Ukrainer leben in angemieteten Wohnungen des Landkreises (1221). Über 600 Menschen seien privat untergebracht und 763 haben bereits selbst eine Wohnung angemietet.

Weitere Herausforderungen in nächster Zeit sei das Chancenaufenthaltsrecht, die Änderung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Zum Thema Frauenschutzhaus und dem damit verbundenen Kreistagsbeschluss KT 454-20/2023 teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** mit, dass es nach seinem Kenntnisstand keine Frauen gegeben habe, die nicht versorgt wurden. Eine Schließung des Frauenschutzhauses werde nicht beabsichtigt. Die Notwendigkeit stehe völlig außer

Frage.

Weiterhin führt **Herr Landrat Dr. Kerth** aus, dass am 22. Februar 2023 eine “kick-off-Veranstaltung” des Ministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern zum Thema Beschäftigungsgesellschaften stattgefunden habe. Das Land habe in Aussicht gestellt, dass für die Regionen, die noch besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen seien, Geld zur Verfügung gestellt werde. Das Jobcenter sei dabei schon im Austausch mit den Trägern. Das Geld werde zu 100% zur Umgestaltung der arbeitsmarktlichen Dienstleistungsangebote bei den Trägern eingesetzt.

Außerdem informiert **Herr Landrat Dr. Kerth** zum Thema Standortkonzept der Verwaltung, dass an allen Standorten außer in Ribnitz-Damgarten enormer Sanierungsbedarf der Gebäude bestehe. Seit längerer Zeit habe die Verwaltung gemeinsam mit der Stadt Grimmen und einem Projektentwickler an einer Lösung gearbeitet, um möglicherweise das Grimmener Zentrum zu stärken. Leider sei diese Variante so teuer gewesen, dass man mit keiner Beschlussvorlage in den Kreistag kommen konnte. Aus diesem Grund werde im Laufe des Jahres ein neuer Vorschlag dem Kreistag vorgestellt, der sich auf den bereits vorhandenen Gebäudestandort in der Heinrich-Heine-Straße konzentriere.

Zum Thema Stand der Schuldigitalisierung erläutert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass man zunächst eine gute Zusammenarbeit mit der IKT Ost gehabt habe, jedoch in letzter Zeit erhebliche Schwierigkeiten aufgetreten seien. Er sei optimistisch, dass in den nächsten Wochen Lösungen gefunden werden und man müsse nochmal über grundlegende Fragen nachdenken. Auch in den Gremien werde dieses Thema weiter eine Rolle spielen.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt zum Thema Tourismusakademie mit, dass er sich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund, Dr. Alexander Badrow, und mit dem Vorstandsvorsitzendem des Tourismusverbandes Rügen, Knut Schäfer, mithilfe eines Schreibens an die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern gewandt habe. Damit haben wir uns um den Standort der geplanten Tourismusakademie in Stralsund und auf Rügen beworben. Auf das Schreiben habe man bereits eine Antwort aus dem Wirtschaftsministerium erhalten. Derzeit finde ein Evaluierungsprozess statt und sich die Standortfrage momentan noch nicht stelle. Ein Professor der Fachhochschule Stralsund arbeite an diesem Prozess mit, sodass er nicht davon ausgehe, dass durch ein solches Projekt die Hochschule oder die Berufsschulstandorte geschwächt werden.

Folgend führt **Herr Landrat Dr. Kerth** zum Thema LNG aus, dass er die Stellungnahme des Landkreises, welche fristgerecht eingegangen sei, allen Kreistagsmitgliedern zur Verfügung gestellt habe. Die Stellungnahme stimme mit seiner persönlichen Meinung überein. Der derzeitige Informationsstand sei nicht ausreichend und die Planungen in einer sehr frühen Phase. Auch die Folgen für Menschen und Natur seien bisher in keiner Weise betrachtet worden. Daher könne das Vorhaben zum jetzigen Stand nur abgelehnt werden.

Weiterhin informiert **Herr Landrat Dr. Kerth** zum Thema Geburtsstation Bergen, dass über dieses in letzter Zeit sehr umfassend und intensiv berichtet wurde. Es wurde sehr viel Arbeit investiert und viele Hintergrundgespräche mit Hebammen und Protagonisten geführt. Leider sei das Thema viel zu komplex und das gemeinsame Ziel müsse jetzt erstmal sein eine sehr gut funktionierende Geburtsstation in Stralsund vorzuhalten. Aus diesem Grund werde bereits morgen im Ausschuss für

Soziales und Gesundheit eine Beschlussvorlage der Verwaltung zur Vergabe von Zuschüssen zur Unterstützung der klinisch tätigen Hebammen in einem Dienstsystem im Landkreis Vorpommern-Rügen vorgestellt und diskutiert. Damit nehme der Landkreis Geld in die Hand um eine finanzielle Lücke zu schließen. Diese Beschlussvorlage gehe somit in den nächsten Gremienlauf und werde abschließend auf dem nächsten Kreistag thematisiert. Natürlich sei es nicht optimal, dass diese Gelder aus Haushaltsmitteln des Kreises bezahlt werden, wofür doch andere Stellen zuständig seien.

Abschließend gibt **Herr Landrat Dr. Kerth** den Hinweis, dass die Verwaltung im Austausch mit dem Land und den Krankenhäusern unseres Kreises zum Thema Reform des Gesundheitswesens stehe.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Anfragen werden nicht gestellt.

8. Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen des Amtsgerichtes Stralsund

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: 455-21/2023

Der Kreistag wählt folgende Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen des Amtsgerichtes Stralsund:

- Herr André Meißner
- Frau Anita Zimmermann
- Herr Thomas Haack
- Frau Christiane Müller
- Herr Jan Zipperling
- Frau Brunhild Steinmüller
- Frau Simone Wagner

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9. Nach- und Umbesetzungen

9.1. Wahl eines Mitgliedes in das Präsidium

Herr Kreistagspräsident Kuhn teilt mit, dass ihm zwei Wahlvorschläge vorliegen. Die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR schlägt Herrn Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp vor und die Kreistagsfraktion SPD Frau Kristine Kasten.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht vorgetragen.

Weiterhin informiert **Herr Kreistagspräsident Kuhn**, dass die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR die geheime Wahl beantragt habe.

Beschluss: KT 456-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen wählt Frau Kristine Kasten als weiteres Mitglied in das Präsidium des Kreistages.

Abstimmungsergebnis:

Abgegebene Stimmen: 57

Gültige Stimmen: 56

Ungültige Stimmen: 1

Enthaltungen: 8

Auf den Vorschlag Kristine Kasten: 27

Auf den Vorschlag Prof. Dr. Ludewig Wetenkamp: 21

9.2. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Kreisausschuss aufgrund des Ausscheidens von Frau Kasten durch Frau Ute Bartel

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 457-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Frau Ute Bartel als Mitglied in den Kreisausschuss aufgrund des Ausscheidens von Frau Kristine Kasten.

Somit ist Frau Ute Bartel Mitglied und Frau Susann Wippermann stellvertretendes Mitglied im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

9.3. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Kreisausschuss für Frau Ute Bartel durch Frau Susann Wippermann aufgrund des Ausscheidens von Frau Sylvia Schiefler

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 458-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Frau Susann Wippermann als stellvertretendes Mitglied für

Frau Ute Bartel in den Kreisausschuss.

Somit ist Frau Ute Bartel Mitglied und Frau Susann Wippermann stellvertretendes Mitglied im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

9.4. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss aufgrund des Ausscheidens von Herrn Mathias Löttge durch Frau Brunhild Steinmüller

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 459-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Frau Brunhild Steinmüller als Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Somit ist Frau Brunhild Steinmüller Mitglied und Frau Monika Wenzel stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Bildung, Kultur und Sport.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9.5. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit durch Frau Simone Wagner aufgrund der Mandatsniederlegung von Frau Petra Voß

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 460-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Frau Simone Wagner als Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Somit ist Frau Simone Wagner Mitglied und Herr Heiko Zahn stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Soziales und Gesundheit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

9.6. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss für Frau Silvia Palmstedt durch Herrn Richard Kinder

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 461-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Herrn Richard Kinder als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Somit ist Silvia Palmstedt Mitglied und Herr Richard Kinder stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

9.7. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Mobilitätsausschuss für Herrn Matthias Löttge durch Herrn Paul Peters

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 462-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Herrn Paul Peters als stellvertretendes Mitglied in den Mobilitätsausschuss.

Somit ist Herr Matthias Löttge Mitglied und Herr Paul Peters stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Mobilität.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**10. Wahl des/der Beigeordneten ohne Stellvertreterfunktion
Vorlage: BV/3/0461**

Herr Kreistagspräsident Kuhn erklärt, dass gemäß § 117 Absatz 2 Satz 1 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in einem Landkreis mit mehr als 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis zu vier Beigeordnete gewählt werden können. Gemäß § 13 Absatz 1 Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen ist festgelegt, dass der Kreistag drei hauptamtlich tätige Beigeordnete wählt.

Gemäß § 117 Absatz 3 Satz 1 i. V. m. § 116 Absatz 2 Satz 1 und 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern beträgt die Amtszeit eines/einer Beigeordneten mindestens sieben und höchstens neun Jahre. Die konkrete Amtszeit wird durch die Hauptsatzung bestimmt. Dazu legt § 13 Absatz 2 fest, dass die Amtszeit des/der Beigeordneten und ersten Stellvertreters/in auf acht Jahre festgelegt wird. Die Amtszeit der übrigen zwei Beigeordneten beträgt jeweils sieben Jahre.

Den Kreistagsfraktionen und Kreistagsmitgliedern sei eine Liste mit den insgesamt neun beim Landkreis auf die durchgeführte öffentliche Stellenausschreibung hin eingegangenen Bewerbungen zugeleitet worden, so dass sich alle Kreistagsmitglieder ein entsprechendes Bild über die Bewerber/innen machen konnten. Die

Kreistagsmitglieder seien in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen hingewiesen worden.

Herr Kreistagspräsident Kuhn fragt, ob es Wahlvorschläge gebe.

Frau Bartel schlägt Frau Dörte Heinrich für die Wahl zur Beigeordneten ohne Stellvertreterfunktion vor und begründet diese Entscheidung.

Herr Kreistagspräsident Kuhn fragt, ob es weitere Wahlvorschläge gebe.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht vorgetragen.

Herr Kreistagspräsident Kuhn erläutert das Wahlprozedere.

- Bei der Wahl von Beigeordneten handelt es sich um eine Wahl nach der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Insofern gelten auch die allgemeinen Bestimmungen für Wahlen.
- Gewählt ist danach, wer mehr als die Hälfte der Stimmen aller Kreistagsmitglieder erhält. Demnach müssen 35 Stimmen auf einen Wahlvorschlag vereinigt werden, um das erforderliche Quorum zu erreichen.
- Wird die Mehrheit nicht erreicht, so wird über dieselben Wahlvorschläge erneut abgestimmt.
- Erhalt auch dann niemand die erforderliche Mehrheit, so ist die Wahl in einer späteren Sitzung zu wiederholen, wenn nur eine Person zur Wahl stand. Bei zwei oder mehreren Personen findet eine Stichwahl zwischen den beiden Personen mit der höchsten Stimmzahl statt. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen erhält.
- Abstimmungen über Personalangelegenheiten, die durch ein Gesetz als Wahlen bezeichnet sind, erfolgen geheim, sofern ein Kreistagsmitglied dies beantragt, ansonsten durch Handzeichen.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet die Kreistagsmitglieder um Abstimmung durch Handzeichen.

Von 53 abgegebenen Stimmen entfielen:

45 Stimmen auf den Wahlvorschlag Frau Dörte Heinrich,
1 Gegenstimme und
7 Stimmenthaltungen.

Damit wurde Frau Dörte Heinrich zur Beigeordneten ohne Stellvertreterfunktion gewählt. **Frau Heinrich** nimmt die Wahl an. **Herr Kreistagspräsident Kuhn** und **Herr Landrat Dr. Kerth** beglückwünschen Frau Heinrich zur Wahl.

Beschluss: KT 463-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen wählt Frau Dörte Heinrich zur Beigeordneten ohne Stellvertreterfunktion des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis:

Von 53 abgegebenen Stimmen in offener Wahl entfielen:

- 45 Stimmen auf den Wahlvorschlag Frau Dörte Heinrich
- 1 Gegenstimme
- 7 Enthaltungen

11. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten für den Landkreis Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0456

Frau Schlüter stellt sich den Mitgliedern des Kreistages Vorpommern-Rügen vor.

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 464-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Katja Schlüter, gem. § 118 Abs. 2 Satz 1 Kommunalverfassung M-V i. V. m. § 14 Abs. 1 der Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme zugestimmt

12. Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, BfS/FDP, CDU und WG Adomeit: "Kein LNG-Terminal vor der Insel Rügen"
Vorlage: A/3/0206

Herr Schwarz teilt mit, dass er sich zunächst bei allen bedanke, die sich in den letzten Wochen dafür eingesetzt haben dieses Vorhaben abzulehnen. Er habe am 27. Februar 2023 als Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung des Landkreises Vorpommern-Rügen zu einer Sondersitzung auf die Insel Rügen nach Baabe geladen. Auch dort zeigte sich eine klare Haltung gegenüber dieses Bauvorhabens. Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung stimmte einstimmig für eine Ablehnung eines LNG-Terminals vor der Insel Rügen. Er fand es auch gut und wichtig, dass der Landrat Dr. Kerth persönlich an der Sitzung teilgenommen habe. Jedem sei klar, dass auch Natur- und Umweltgründen, aus wirtschaftlicher- und touristischer Sicht sowie insbesondere aus Sicherheitsaspekten ein solches Industrieprojekt vor unserer Küste nur abgelehnt werden könne. Er bittet die Mitglieder des Kreistages um Zustimmung, um dieses Bauvorhaben vor der Insel Rügen gemeinsam abzulehnen.

Herr Kühnel merkt an, dass es von der Fraktion DIE GRÜNE scheinheilig sei, diesen Antrag zu unterstützen, da diese Fraktion im Bundestag dieses Vorhaben überhaupt in die Wege geleitet habe. Inhaltlich sei der Antrag richtig, weswegen die Kreistagsfraktion AfD zustimmen werde.

Frau Bartel teilt zu dem Vorwurf aus der Einwohneranfrage, dass die Kreistagsmitglieder sich nicht engagieren bei aktuellen politischen Ereignissen, mit, dass sie mehrere Mitglieder auf den Demos gegen das LNG-Terminal auf der Insel Rügen getroffen habe. Außerdem haben auch viele Mitglieder schon auf der Sitzung der Bürgerschaft in Stralsund gegen dieses Vorhaben gestimmt. Sie finde es außerdem gut, dass sich die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR ebenfalls gegen den Bau eines LNG-Terminals vor der Insel Rügen ausspreche. Die Kreistagsfraktion SPD unterstütze ebenfalls diesen Antrag und sie gehe davon aus, dass alle Kreistagsmitglieder ihre grüne Karte heben werden.

Herr Burwitz führt aus, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW diesen Antrag initiiert habe, weil sie in tiefer und großer Sorge seien, was vor unserer Küste passiere und passieren solle. Die Informationen seien unzureichend, um so eine große Entscheidung zum Bau eines LNG-Terminals zu treffen. Viele Fragen wurden noch nicht beantwortet. Allein der kurze Einsatz eines LNG-Schiffes habe gezeigt welches Konfliktpotenzial entstehen könne, wie bspw. die Lärmbelästigung für die Anwohner/innen. Was in den Letzten 30 Jahren aus Sicht der Wirtschaft und des Tourismus in Vorpommern-Rügen mühsam aufgebaut wurde, könne jetzt nicht leicht aufs Spiel gesetzt werden. Eine solche Industrieanlage habe definitiv negative Auswirkungen auf die beiden genannten Punkte. Wenn man die Klimaziele der Bundesregierung für die nächsten Jahre sehe, dann stelle sich die Frage wie unsere Region diese mit einem der schädlichsten Energieformen umsetzen solle.

Herr Suhr informiert, dass es als Mitglied der Partei DIE GRÜNE und als Mitglied der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR derzeit nicht leicht sei, die Position zu vertreten die diametral zu dem stehe, was die Grünen in den letzten Jahren gefordert haben. Seine Fraktion habe als Kommunalpolitiker versucht zu ergründen, weshalb das Ministerium zu bestimmten Entscheidungen komme. Noch vor ca. einem Jahr stand die Versorgungssicherheit ganz oben auf der Liste. Man habe aus Sicht der Bürger/innen der Regierung nicht zugetraut, dieses zu leisten. Doch der Gaspreis sei nachhaltig zurückgegangen und die Gasspeicher seien über 60 % gefüllt. Natürlich habe man die Krise noch nicht beseitigt, weshalb die Regierung auf dieses Vorhaben gekommen sei. Seit dem 1. März 2023 gebe es einen Bericht des Ministeriums und Klimaschutz an den Haushaltsausschuss des Bundestages, wo man zu der Auffassung komme, dass ein solches LNG-Terminal vor der Insel Rügen faktisch nicht gerechtfertigt sei. Deshalb unterstütze die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR diesen Antrag. Er versichere aus, dass seine Partei mit der Landtagsfraktion alles unternehmen werde, um die Bundesregierung von diesem Vorhaben vor der Insel Rügen abzubringen.

Frau Latendorf informiert, dass sich die Kreistagsfraktion DIE LINKE bei ihrer Klausurtagung intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt habe und sich eindeutig gegen die Pläne des Baus eines LNG-Terminals vor der Insel Rügen und der Gasleitung nach Lubmin ausgesprochen habe und dies an alle Medien des Landkreises Vorpommern-Rügen gegeben habe. Sie bedankt sich bei den Einreichern des Antrages, dass dieser gestellt wurde und teilt, mit dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE diesen unterstütze und zustimmen werde. Für dieses Bauvorhaben seien zunächst viele offene Fragen noch zu klären. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE appelliere dringend an die Bundes- und Landespolitik die Stimmen der örtlichen Bevölkerung nicht zu missachten, damit wir glaubwürdig bleiben. Zusammenfassend sage sie nein zum LNG-Terminal in unserer Region.

Herr Scharmberg bedankt sich bei allen Vorrednern für das Ansprechen aller wichtigen Punkte zu diesem Thema. Seine Fraktion sei aktiv geworden, weil die Medien die kritischen Dinge nicht ordentlich für die Bevölkerung dargelegt haben. Er bedankt sich bei allen Fraktionen für die Unterstützung, damit ein richtiges Signal aus dem Kreistag Vorpommern-Rügen gesendet werden kann.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 465-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Die Mitglieder des Kreistages Vorpommern-Rügen sprechen sich gegen die Pläne aus, vor der Insel Rügen ein LNG-Terminal zu errichten.
2. Der Kreistag befürwortet ausdrücklich die Initiativen der Gemeinden auf der Insel Rügen zur Verhinderung des LNG-Terminals auf der Ostsee.
3. Der Landrat wird beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse des Kreistages dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Landesministerium für Wirtschaft MV mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

13. **Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung eines straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße NVP 10 von Klausdorf bis Muuks**
Vorlage: BV/3/0442
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 466-21/2023

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat, den als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zu Bau und Planung des straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße NVP 10 von Klausdorf nach Muuks abzuschließen. Das Amt Altenpleen übernimmt dabei die Planung und den Bau des Radweges. Für den Zeitraum von Planung und Bau wird die Straßenbaulast auf die Gemeinde übertragen. Nach Fertigstellung und mängelfreier Abnahme ist der Landkreis als Straßenbaulastträger der Kreisstraße für den straßenbegleitenden Radweg zuständig.
2. Der Kreistagsbeschluss Nr. KT 299-14/2021 vom 14. Dezember 2021 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

14. **Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung eines straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße RÜG 13 von Puddemin bis zur L 30**
Vorlage: BV/3/0443
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 467-21/2023

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat, den als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zu Bau und Planung des straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße RÜG 13 von Puddemin bis zum Abzweig L 30 abzuschließen. Das Amt Bergen auf Rügen übernimmt dabei die Planung und den Bau des Radweges. Für den Zeitraum von Planung und Bau wird die Straßenbaulast auf die Gemeinde übertragen. Nach Fertigstellung und mängelfreier Abnahme ist der Landkreis als Straßenbaulastträger der Kreisstraße für den straßenbegleitenden Radweg zuständig.
2. Der Kreistagsbeschluss Nr. KT 298-14/2021 vom 14. Dezember 2021 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**15. Aufbau eines kontinuierlichen Energiemanagements im Landkreis Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0452**

Herr Niehaus informiert, dass im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen die Beschlussempfehlung an den Kreistag die befristete Stelle in eine unbefristete Stelle umzuwandeln abgegeben wurde. Wenn man die Stelle befristet ausschreibe, sei die Auswahl an qualifizierten Bewerbern deutlich kleiner. Der Landkreis solle zeigen, dass man in dem Bereich langfristig etwas verändern möchte, denn diese Prozesse dauern. Er stelle den Änderungsantrag das Wort "befristet" in "unbefristet" unter Punkt drei zu ändern.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass diese Thematik auch breit im Kreisausschuss diskutiert wurde und man letztendlich bei der Ausgangsvariante geblieben sei. Mit der Formulierung in der Beschlussvorlage wollte die Verwaltung eine Transparenz darstellen, um zu zeigen, dass die Förderung zeitlich begrenzt sei. Nichtsdestotrotz werde auch ohne diese Änderung in dem Beschluss bei der Ausgestaltung der Ausschreibung und der Besetzung die Verwaltung dieses so begleiten, dass kein Abbruch stattfindet und man Leute habe, die das längerfristig machen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Niehaus.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag bei 16 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die ursprüngliche Beschlussvorlage.

Beschluss: KT 468-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt

1. den Aufbau eines Energiemanagements für die Liegenschaften des Landkreises Vorpommern-Rügen,
2. die Beantragung von Fördermitteln nach der Kommunalrichtlinie bei der Projektträgerin Zukunft - Umwelt - Gesellschaft (ZUG) gGmbH für die Implementierung und Erweiterung eines Energiemanagements sowie die damit verbundenen Personalkosten sowie
3. die Schaffung einer projektbezogenen, befristeten Stelle eines Energiemanagers (m/w/d) zur Etablierung und dauerhaften Verankerung des kommunalen Energiemanagements.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung zugestimmt

16. Änderung Gesellschaftervertrag OVVD Vorlage: BV/3/0444

Herr Kühnel teilt mit, dass der Redebeitrag der Kreistagsfraktion AfD für diese und die nächste Beschlussvorlage greife. Er merkt an, dass durch diese Änderung Sitzungen virtuell abgehalten werden können, ohne die Zustimmung der Gesellschafter. Das heißt sie können dazu gezwungen werden. Aus Sicht seiner Fraktion verstoße dies gegen das Selbstbestimmungsrecht eines jeden einzelnen Mitgliedes. Er könne sich keinen Notfall vorstellen, der dies notwendig machen könnte, zumal die Maßnahmen in der Zeit der Corona Pandemie als Überzogen erwiesen worden seien. In einer virtuellen Sitzung könne nicht sichergestellt werden, dass unberechtigt Dritte davon Kenntnis erlangen. Auch der Datenschutz sei nicht gegeben, dass durch technische Mittel, Teile der Sitzung mitgeschnitten werden können. Aus diesem Grund lehne die Kreistagsfraktion diese und die nächste Beschlussvorlage auf der Tagesordnung ab.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 469-21/2023

Der Kreistag des Landkreises V-R beschließt die Änderung des Gesellschaftsvertrages der OVVD wie in der Sachdarstellung vorgeschlagen mit dem Ziel, künftig virtuelle Sitzungen der Gremien der Gesellschaft rechtssicher zu ermöglichen.

Der Landrat als gesetzlicher Vertreter des Landkreises V-R in der Gesellschafterversammlung der OVVD wird ermächtigt und beauftragt, dem entsprechenden Beschluss in der Gesellschafterversammlung zuzustimmen und den Beschluss notariell beglaubigen zu lassen.

Redaktionelle, handels- und genehmigungsrechtliche Änderungen sind zulässig.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen zugestimmt

17. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Ostmecklenburgisch Vorpommerschen Abfallbehandlungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH (ABG)
Vorlage: BV/3/0446

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 470-21/2023

Der Kreistag des Landkreises V-R beschließt die Änderung des Gesellschaftsvertrages der ABG wie in der Sachdarstellung vorgeschlagen mit dem Ziel, künftig virtuelle Sitzungen der Gremien der Gesellschaft rechtssicher zu ermöglichen.

Der Landrat als gesetzlicher Vertreter des Landkreises V-R in der Gesellschafterversammlung der OVVD wird ermächtigt und beauftragt, den Geschäftsführer der Ostmecklenburgisch Vorpommerschen Verwertungs- und Deponie GmbH (OVVD) als Vertreter in der Gesellschafterversammlung anzuweisen, dem entsprechenden Beschluss in der Gesellschafterversammlung zuzustimmen und den Beschluss notariell beglaubigen zu lassen.

Redaktionelle, handels- und genehmigungsrechtliche Änderungen sind zulässig.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen und vier Enthaltungen zugestimmt

18. Feststellung Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB)
Vorlage: BV/3/0440

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 471-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt den durch die Baker Tilly GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 7.178.650 Euro fest. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 67.265,76 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt

19. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: BV/3/0445

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT472-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt

20. **1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Doppelhaushalt 2022/2023 für das Haushaltsjahr 2023**
Vorlage: BV/3/0439/1
-

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage anhand einer Präsentation.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Heinke teilt mit, dass der Vorschlag die Kreisumlage zu senken von der Kreistagsfraktion CDU gekommen sei. Die Verwaltung sah zunächst eine Senkung in Höhe von einem Prozent vor. Auf der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landkreises Vorpommern-Rügen stellten die Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS/FDP den Antrag die Kreisumlage um 1,64 Prozentpunkte zu verringern. Was eine Prokopfumlage von etwa 502,00 € bedeute. Somit habe der Landkreis Vorpommern-Rügen die landesweit niedrigste Kreisumlage. Wollen auch bei den nächsten Gesprächen zum Doppelhaushalt gemeinsam mit der Verwaltung prüfen, die Kreisumlage so niedrig wie möglich zu halten. Er bedankt sich bei Frau Karnatz und ihrem Team, die sich in den Ausschuss- und Fraktionssitzungen einer intensiven Diskussion und Austausch begeben haben. Die CDU Kreistagsfraktion werde dieser Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Löttge merkt an, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW dieser Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen werde, weil die Verwaltung dem Antrag aus der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gefolgt sei. Er bedanke sich auch bei den Mitgliedern des Ausschusses die diese Empfehlung mitgetragen haben. Er sei sehr dankbar, dass wir diese Entlastung für unsere Städte und Gemeinden in unserem Landkreis bekommen. Des Weiteren bedankt er sich ebenfalls bei Frau Karnatz und allen Mitarbeiter/innen ihres Teams.

Herr Giese zitiert aus dem Bericht der Rechnungsprüfer und gibt dies zu bedenken. Er erfragt, ob es mit einer Aufgabenumverteilung möglich sei, zukünftig einen weiteren Stellzuwachs zu vermeiden und durch eine Vereinfachung von Prozessen und einer verbesserten Digitalisierung verbesserte Arbeitsprozesse zu generieren. Die überzogenen Corona-Maßnahmen haben auch der Verwaltung einen erheblichen Schaden zugefügt. Auch hier lassen der Bund und das Land die Kommunen bei Ausgleichszahlungen im Stich. Das mache die Haushaltsplanung zu einem reinen Glücksspiel, welches die Kreistagsfraktion AfD nicht zustimmen könne.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp merkt an, dass die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR

diesen Nachtragshaushalt unterstützen werde. Sie hätten ebenfalls den vorherigen Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, weil sie die Risiken, die der Landrat in der Präsentation aufgezeigt habe, nachvollziehen können. Damit im nächsten Jahr keine drastische Erhöhung der Kreisumlage auf die Kommunen zukomme, hätten sie den vorherigen Vorschlag sogar besser gefunden. Er bedanke sich ebenfalls bei Frau Karnatz und ihrem Team.

Herr Kracht führt aus, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE sich bei den Mitarbeiter/innen der Kämmerei herzlich bedanke. Er merkt jedoch an, dass in den Fachausschüssen dieser Nachtragshaushalt sehr nachhaltig und eng diskutiert wurde und dagegen im Kreisausschuss und auch heute im Kreistag diesem nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die wichtigen Punkte seien durch den Landrat schon genannt worden. Aus Sicht seiner Fraktion sei die Senkung der Kreisumlage vollkommen richtig, um die Kommunen im Landkreis zu entlasten. In den folgenden Haushaltsjahren werde seine Fraktion sehr kritisch schauen, wie sich der Landkreis entwickle. Bevor die Kreistagsfraktion DIE LINKE diesem Nachtragshaushalt zustimmen könne bitte er um Beantwortung der Frage für welche Zwecke die Blöcke in der Nähe des Landratsamtes genutzt werden sollen (Seite 292).

Herr Scharmberg merkt an, dass die Kreistagsfraktion BfS-FDP der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen werde aber sehr wohl auch die großen kritischen Dinge, die uns zukünftig erwarten, sehe.

Frau Latendorf beantragt eine Unterbrechung der Kreistagssitzung für 5 Minuten.

Die Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen wird für 5 Minuten unterbrochen.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt zur Frage von Herrn Kracht mit, dass die eingestellten Mittel für den Kauf der Blöcke am Standort Stralsund Nebenkosten seien, wie bspw. Erwerbskosten, die nur vorsorglich schon eingestellt wurden, falls die Verpflichtungsermächtigung in diesem Jahr schon zu trage komme.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 473-21/2023

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2023 mit ihren Bestandteilen und Anlagen.
2. Der Kreistag stellt den 1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Wirtschaftsjahr 2023 fest.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung zugestimmt

21. **Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Erledigung der Aufgaben des Kassen- und Haushaltswesens des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern (RPV) durch den Landkreis V-R**
Vorlage: BV/3/0436
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 474-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag genehmigt nach § 104 Abs.3 Nr. 12 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) den Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Erledigung der Aufgaben des Kassen- und Haushaltswesens des RPV durch den Landkreis V-R

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**22. Auflösung und Liquidation der Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Rügen mbH (BBR mbH)
Vorlage: BV/3/0437**

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage und informiert, dass heute in Prora die Übernahmegespräche mit den Mitarbeiter/innen stattgefunden haben.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 475-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beauftragt den Landrat als Gesellschaftsvertreter auf einer nachfolgenden Gesellschafterversammlung einen Beschluss zur Auflösung und Liquidation der BBR mbH zu fassen.

Das Liquidationsverfahren soll bis zum 31. Dezember 2023 abgeschlossen sein. Soweit die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen es zulassen, soll den Beschäftigten (Stammmitarbeiter) der BBR mbH eine Weiterbeschäftigung beim Landkreis ermöglicht werden.

Der Kreistag beauftragt den Landrat das Verfahren bei der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 14 Gegenstimmen und einer Enthaltung zugestimmt

**23. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit in einem einheitlichen Telenotarzt-System
Vorlage: BV/3/0384/1**

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 476-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit zur Schaffung eines einheitlichen Telenotarzt-Systems mit den Gebietskörperschaften des Landes Mecklenburg-Vorpommern Landkreis Vorpommern-Rügen, Landkreis Vorpommern-Greifswald, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Landkreis Rostock, Landkreis Nordwestmecklenburg, Landkreis Ludwigslust-Parchim, Stadt Schwerin und Hansestadt Rostock wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

24. **Ergänzungsvereinbarung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag zwischen der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH und dem Landkreis Vorpommern-Rügen zur Liquiditätssicherung**
Vorlage: BV/3/0450
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 477-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Ergänzungsvereinbarung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag zur Liquiditätssicherung der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt

25. **Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2022**
Vorlage: BV/3/0448
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT478-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern in Höhe von 10.000,00 EUR für das Haushaltsjahr 2022 zur Unterstützung und Etablierung des Welcome Centers Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen und zwei

Enthaltungen zugestimmt

26. **Annahme einer Spende der IHK zu Rostock für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2022**
Vorlage: BV/3/0449
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 479-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Annahme einer Spende der IHK zu Rostock in Höhe von 10.000,00 EUR für das Haushaltsjahr 2022 zur Unterstützung und Etablierung des Welcome Centers Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen zugestimmt

27. **Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern zur Förderung der Präventionsarbeit im Jahr 2023**
Vorlage: BV/3/0435
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 480-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern in Höhe von 10.000,00 EUR zur Unterstützung der Präventionsarbeit im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

28. **Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 nach §§ 120 Abs. 1 i.V.m. 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V**
Vorlage: BV/3/0351
-

Frau Völschow hält folgenden Bericht als Ausschussvorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses:

*Sehr geehrter Kreistagspräsident,
sehr geehrte Abgeordnete,*

Ihnen liegen heute der Jahresabschluss 2021, der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und der abschließende Prüfungsvermerk des

Rechnungsprüfungsausschusses zur Beschlussfassung sowie die daraus resultierende Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2021 vor.

Die Prüfung des Jahresabschlusses gehört nach Kommunalprüfungsgesetz zu den Aufgaben der örtlichen Prüfung, die die Prüfung des Jahresabschlusses, der Anlagen zum Jahresabschluss sowie die Einhaltung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung umfasst.

Für die Aufgaben der örtlichen Prüfung ist nach § 1 Absatz 4 Satz 1 des Kommunalprüfungsgesetzes der Rechnungsprüfungsausschuss zuständig. Hierzu bedient er sich des Rechnungsprüfungsamtes, soweit ein solches eingerichtet ist. Damit hat das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises die Prüfung des Jahresabschlusses vorgenommen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich am 20. Februar 2023 mit den Inhalten der Prüfung, den vom Rechnungsprüfungsamt erarbeiteten Bericht über die Jahresabschlussprüfung und der darauffolgenden Auswertung gemeinsam mit dem Landrat und dem Fachdienst Finanzen am 13. Januar 2023 sowie der anschließenden schriftlichen Stellungnahme des Landrates befasst. Es erfolgte eine abschließende Auswertung des Rechnungsprüfungsamtes und Erläuterung sowie eine umfassende Diskussion im Ausschuss.

Wir als Rechnungsprüfungsausschuss konnten uns davon überzeugen, dass die Qualität der Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes den Zwecken der Prüfung des Jahresabschlusses genügt und wir haben uns den vom Rechnungsprüfungsamt getroffenen Feststellungen angeschlossen.

0

Das Rechnungsprüfungsamt hat aufgrund seiner Prüffeststellungen einen Schlussbericht mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk erteilt, dem wir uns anschließen.

Damit wurde erneut, wie auch schon 2019 und 2020 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt, nachdem es Jahre zuvor eingeschränkte Bestätigungsvermerke gegeben hat.

Was bedeutet das?

Ganz kurz: eine solide Arbeit der Verwaltung.

Damit wird eine positive Gesamtaussage getroffen, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat, der Jahresabschluss und die den Jahresabschluss erläuternden Anlagen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögen-, Finanz- und Ertragslage des Kreises vermitteln, dass insgesamt ein zutreffendes Bild der Gemeinde vermittelt wird sowie die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt.

Der Jahresabschluss entspricht den Vorschriften der Kommunalverfassung MV und der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik. Das Rechnungsprüfungsamt und der Rechnungsprüfungsausschuss haben damit beurteilt, dass es keine wesentlichen Beanstandungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und die Anlagen gibt. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Kreistag die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und die Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2021.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 481-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss und vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2021 des Landkreises Vorpommern-Rügen zum 31. Dezember 2021 in der Fassung vom 14. November 2022 fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

29. **Beschlussvorlage des Rechnungsprüfungsausschusses für die Entlastung des Landrates nach §§ 120 Abs. 1 i.V.m. 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V**
Vorlage: BV/3/0447
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT482-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

30. **Schulentwicklungsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemeinbildenden Schulen im Planungszeitraum 2022/2023 - 2026/2027**
Vorlage: BV/3/0406
-

Von der Tagesordnung abgesetzt.

31. **Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche in Lietzow im Bereich der Steganlage im Großen Jasmunder Bodden**
Vorlage: BV/3/0434
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 483-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Antrag der Gemeinde Lietzow auf Inkommunalisierung einer bereits in Anspruch genommenen gemeindefreien Wasserfläche im Bereich der Steganlage an der Schleuse im Großen Jasmunder Bodden wird zugestimmt. Der maßstabsgerechte Lageplan des Fachdienstes Kataster und Vermessung vom 7. März 2022 Antrags Nr. 22LVM0042 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

32. **Antrag der Kreistagsfraktion SPD: "Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden"**
Vorlage: A/3/0193
-

Frau Wippermann begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion SPD.

Frau Schröder-Köhler teilt mit, dass ihre Fraktion diesen Antrag begrüße. Die CDU Kreistagsfraktion stelle den Änderungsantrag, diesen mit folgendem Satz zu ergänzen: "Die Ergebnisse der Prüfung sollen, sobald diese feststehen, zeitnahe dem Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt und erläutert werden." und begründet dies.

Herr Löttge merkt an, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW den Antrag sowie die vorgeschlagenen Änderungen der CDU ausdrücklich begrüße. Der Prüfauftrag sei wichtig, um zu sehen wie sich die Wirtschaftlichkeit darstelle, denn nur dann mache so eine Investition auch Sinn.

Frau Latendorf führt aus, dass ihre Fraktion den Antrag noch dahingehend erweitern möchte, dass geprüft werde, auf welchen kreiseigenen Gebäuden sich bereits Photovoltaik-Anlagen befinden und begründet dies.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die eingebrachten Änderungs- bzw. Erweiterungsvorschläge der Kreistagsfraktionen CDU und DIE LINKE.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt einstimmig zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Antrages unter Berücksichtigung der Änderungen.

Beschluss: KT 484-21/2023

Der Kreistag Vorpommern - Rügen beauftragt den Landrat zu prüfen auf, welchen kreiseigenen Gebäuden Photovoltaik-Anlagen errichtet werden können **und auf welchen Gebäuden sich bereits Photovoltaik-Anlagen befinden.**

Die Ergebnisse der Prüfung sollen, sobald diese feststehen, zeitnahe dem Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt und erläutert werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme zugestimmt

33. **Antrag der Kreistagsfraktion SPD: "Errichtung von öffentlichen Ladesäulen"**
Vorlage: A/3/0194
-

Frau Wippermann begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion SPD.

Herr Heinke führt aus, dass die CDU Kreistagsfraktion diesen Antrag begrüße, damit die E-Mobilität im Landkreis ausgebaut werde. Er stelle den Änderungsantrag, diesen

mit folgendem Satz zu ergänzen: "Die Ergebnisse der Prüfung sollen, sobald diese feststehen, zeitnahe dem Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt und erläutert werden."

Herr Giese informiert, dass in Mecklenburg-Vorpommern ca. 5 % vollelektrische Fahrzeuge zugelassen seien. Wir befinden uns in einem Flächenland, wo der normale Bürger mehr als die Reichweite eines Elektrofahrzeuges pro Tag unterwegs sei. Ohne die massive Förderung des Bundes aus Steuermitteln könne sich kein normaler Bürger ein solches Fahrzeug leisten. Breche diese Förderung weg, seien diese Fahrzeuge nur noch Ladehüter. Über die Risiken bei Unfällen oder bei der Entsorgung spreche er noch gar nicht. Wenn es einen großen Bedarf an Ladesäulen geben würde, dann hätten die Energieversorger in Zusammenarbeit mit den Kommunen schon hunderte Ladesäulen auf den Weg gebracht. Die Verwaltung habe mit Sicherheit wichtigere Aufgaben als diesem Prüfauftrag nachzugehen. Aus diesem Grund lehne die Kreistagsfraktion AfD diesen Antrag ab.

Frau Latendorf teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag noch dahingehend erweitern möchte, dass geprüft werde, wer ein Betreiber solcher Ladesäulen sein könnte und begründet dies.

Herr Löttge merkt an, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW dem Antrag unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen zustimmen werde.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die eingebrachten Änderungs- bzw. Erweiterungsvorschläge der Kreistagsfraktionen CDU und DIE LINKE.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Antrages unter Berücksichtigung der Änderungen.

Beschluss: KT 485-21/2023

Der Kreistag Vorpommern - Rügen beauftragt den Landrat zu prüfen, auf welchen kreiseigenen Grundstücken öffentliche Ladesäulen für Elektro-Fahrzeuge errichtet werden können und wer der Betreiber davon sein könnte.

Die Ergebnisse der Prüfung sollen, sobald diese feststehen, zeitnahe dem Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt und erläutert werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei sieben Gegenstimmen und einer Enthaltung zugestimmt

34. **Antrag der Kreistagsfraktion B90/DIEGRÜNEN/FR: "Übergangslösung zur Durchführung hybrider Tagungsformate in Kommunalparlamenten und deren Ausschüssen einfordern"**
Vorlage: A/3/0205
-

Herr Suhr begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR.

Herr Scharmberg führt aus, dass sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Februar 2022 mit dieser Angelegenheit befasst habe und die Beschlussfassung eindeutig sei, dass dieses erst wieder in der neuen Kommunalverfassung aufgenommen werde. Diese soll nach letzten Informationen im Jahr 2024 kommen. Mit Zustimmung dieses Antrages würde man in die laufende Gesetzgebung eingreifen, was er als nicht sinnvoll erachte. Aus diesem Grund werde die Kreistagsfraktion BfS-FDP den Antrag ablehnen.

Herr Glawe merkt an, dass das Thema im Landtag durch die Änderung der Kommunalverfassung auf dem Weg sei. Die CDU Kreistagsfraktion sehe den Antrag als verfrüht an, es müsse erstmal abgewartet werden welche Entscheidungen der Landtag treffe.

Herr Kühnel teilt mit, dass die Kreistagsfraktion AfD den Antrag ablehnen werde, da zum einen in hybriden Sitzungen nicht sichergestellt werden könne, dass unberechtigt Dritte Kenntnisse von Inhalten Erlangen und zum anderen die Bürgerbeteiligung aufgrund der Öffentlichkeit der Sitzungen technisch realisiert werden könne.

Herr Löttge informiert, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW den Antrag ebenfalls ablehnen werde, da der Kreistag nicht in der Lage sei diese Angelegenheit zu regeln.

Frau Latendorf merkt an, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE den Antrag ebenfalls ablehne. Sie stimme Herrn Scharmberg und Herr Glawe zu, das Thema befinde sich in Schwerin im Gesetzgebungsverfahren.

Frau Klemm macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Antrag um die Forderung einer Übergangslösung handele. Technisch gesehen sei dies auch kein Problem, wie die Zeit der Corona-Pandemie bestätige und außerdem sei diese Sitzungsform nachhaltig.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Mitglieder des Kreistages Vorpommern-Rügen bitten den Landrat, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, bis zur Novellierung der Kommunalverfassung eine Übergangslösung herbeizuführen, die es den Gremien des Kreistages und anderer Kommunalparlamente erlaubt, hybrid zu tagen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt

35. **Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, BfS/FDP: "Unterstützung zur Errichtung der Tourismusakademie im Landkreis Vorpommern-Rügen"**
Vorlage: A/3/0207
-

Herr Löttge begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW und BfS-FDP. Er teilt mit, dass es sinnvoll sei, diesen Antrag intensiv im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung zu beraten und stellt damit einen Verweisungsantrag.

Frau Dr. Kannengießer stimmt dem Verweisungsantrag zu, da noch viele Fragen offen seien. Sie schlägt vor zu den Gremiensitzungen Herrn Weitendorf, Geschäftsführer des Tourismusverbandes M-V, einzuladen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss sowie in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt einstimmig zu.

36. Antrag der Kreistagsfraktion CDU: "Erhalt des Regionalen Beruflichen Bildungszentrum in Velgast"
Vorlage: A/3/0208

Herr Griwahn begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion CDU.

Herr Hofmann stellt einen Verweisungsantrag in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss, um das Konzept umfänglich gemeinsam mit der Verwaltung zu besprechen.

Herr Suhr stimmt Herrn Hofmann zu und merkt an, dass die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR den Verweisungsantrag unterstütze.

Herr Löttge stimmt seinen Vorrednern zu. Er glaube dieses Thema sollte nicht nur im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss besprochen werden, sondern auch im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung. Aus diesem Grund ergänze er diesen Verweisungsantrag um ein weiteres Gremium.

Frau Latendorf teilt mit, dass dieses Thema schonmal ernsthaft diskutiert wurde. Als der Berufsschulstandort in Grimmen geschlossen wurde, war man sich einig, dass Velgast für den ländlichen Raum erhalten werden solle. Inzwischen habe sich die Situation verändert und der Kreis ist größer geworden. Aus diesem Grund solle das Gesamtkonzept nochmal intensiv in den vorgeschlagenen Fachausschüssen beraten und diskutiert werden.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass bei dem Termin mit dem Innenminister noch keine feste Entscheidung über eine Schließung erfolgt sei.

Frau Bartel unterstütze die Verweisungsanträge in die Fachausschüsse, da dieses Thema sehr vielschichtig sei.

Herr Glawe informiert, dass zwischen 2008 und 2010 der Standort Velgast gesichert wurde und dies auch weiterhin das Ziel sein müsse. Der ländliche Raum müsse gestärkt werden und nicht alles könne an die Oberzentren abgegeben werden. Je mehr Zentralisiert werde, umso mehr werden die ländlichen Regionen ausgedünnt. Wir brauchen Konzepte für den Erhalt der Beruflichen Schulen in unserem Kreis, weswegen er die Verweisungsanträge in die Fachausschüsse ebenfalls unterstütze.

Auch Vertreter des Bildungsministeriums müssen bei den Diskussionen in den Gremien eingeladen werden.

Herr Kühnel teilt mit, dass die Kreistagsfraktion AfD die Verweisungsanträge ebenfalls unterstütze und regt an beide Ausschüsse zusammen tagen zu lassen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss sowie in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Verweisungsantrag einstimmig zu.

37. Antrag der Kreistagsfraktion CDU: "Entlastung der Kommunen bei der Feststellung der Jahresabschlüsse -keine negativen Entscheidungen für die Haushalte der Kommunen ab 2023"
Vorlage: A/3/0209

Herr Heinke begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion CDU und stellt den folgenden Änderungsantrag:

“Der Kreistag Vorpommern-Rügen ~~beschließt~~ **appelliert**:

1. Der Landrat wird ~~beauftragt~~ **gebeten** Gespräche mit der Landesregierung zu führen um eine kulante sowie für die betroffene Kommune ausgerichtete individuelle Lösung bei der Feststellung/Nachholung von Jahresabschlüssen als Voraussetzung für die rechtsaufsichtlichen Haushaltsentscheidungen 2023 und fortfolgende auszuloten und einzufordern.
2. Die Ergebnisse sind dem Kreistag mitzuteilen. Der Finanzausschuss ist auf dem Laufenden zu halten.”

und begründet dies.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass in der Vergangenheit in den Einzelfällen Lösungen gefunden wurden. Deutlich sagen müsse man jedoch, dass Vorpommern-Rügen in Bezug auf das Thema das Schlusslicht in Mecklenburg-Vorpommern darstelle.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den eingebrachten Änderungsantrag der CDU Kreistagsfraktion.

Beschluss: KT 486-21/2023

Der Kreistag Vorpommern-Rügen **appelliert**:

1. Der Landrat wird **gebeten** Gespräche mit der Landesregierung zu führen um eine kulante sowie für die betroffene Kommune ausgerichtete individuelle Lösung bei der Feststellung/Nachholung von Jahresabschlüssen als Voraussetzung für die rechtsaufsichtlichen Haushaltsentscheidungen 2023 und fortfolgende auszuloten und einzufordern.

2. Die Ergebnisse sind dem Kreistag mitzuteilen. Der Finanzausschuss ist auf dem Laufenden zu halten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

38. Mitteilungen

Herr Kreistagspräsident Kuhn teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 8. Mai 2023 stattfindet. Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den Anwesenden und bittet darum, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt werde.

24.04.2023, gez. A. Kuhn

Datum, Unterschrift
Andreas Kuhn
Kreistagspräsident

24.04.2023, gez. A. Pfefferkorn

Datum, Unterschrift
Anja Pfefferkorn
Protokollführerin